

# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1992      Ausgegeben am 17. November 1992      245. Stück

702. Kundmachung: Geltungsbereich der Europäischen Konvention über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse
703. Kundmachung: Geltungsbereich des Zusatzprotokolls zur Europäischen Konvention über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse
704. Kundmachung: Geltungsbereich des Europäischen Abkommens über die Gleichwertigkeit der Studienzeiten an den Universitäten
705. Kundmachung: Geltungsbereich des Europäischen Kulturabkommens
706. Kundmachung: Geltungsbereich des Europäischen Abkommens über die Gleichwertigkeit der akademischen Grade und Hochschulzeugnisse
707. Kundmachung: Geltungsbereich des Übereinkommens zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Beglaubigung
708. Kundmachung: Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens zum Schutz des archäologischen Erbes
709. Kundmachung: Geltungsbereich des Übereinkommens über die Ausarbeitung eines Europäischen Arzneibuches
710. Kundmachung: Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Überwachung bedingt verurteilter oder bedingt entlassener Personen
711. Kundmachung: Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Fortzahlung von Stipendien an Studierende im Ausland
712. Kundmachung: Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über Gewalttätigkeiten und Fehlverhalten von Zuschauern bei Sportveranstaltungen und insbesondere bei Fußballspielen
713. Kundmachung: Geltungsbereich der Anti-Doping-Konvention
714. Vertrag zwischen der Republik Österreich und dem Königreich der Niederlande über die Binnenschifffahrt sowie Unterzeichnungsprotokoll  
(NR: GP XVIII RV 507 VV S. 80. BR: AB 4340 S. 558.)

### 702. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich der Europäischen Konvention über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse

Nach Mitteilungen des Generalsekretärs des Europarats haben folgende weitere Staaten ihre Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunden zur Europäischen Konvention über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse (BGBl. Nr. 44/1957, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 663/1988) hinterlegt:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunde:
Finnland .....	16. September 1991
Liechtenstein .....	22. Mai 1991
Schweiz .....	25. April 1991
Slowenien .....	2. Juli 1992
Tschechoslowakei .....	26. März 1991

Die Schweiz hat anlässlich der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde folgende Erklärungen abgegeben:

Obwohl die Konvention keine spezielle Kündigungsbestimmung enthält, stellt der Schweizerische Bundesrat in Erwägung, daß diese auf Grund des Art. 56 des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969 gekündigt werden könnte.

Der Schweizerische Bundesrat erklärt, daß die Anwendung der Konvention vorbehaltlich der Zuständigkeit der Kantone auf dem Gebiet des Bildungswesens, wie in der Bundesverfassung festgelegt, sowie auch der Autonomie der Universitäten erfolgt.

Einer weiteren Mitteilung des Generalsekretärs zufolge hat das Ministerkomitee des Europarats auf seiner 480. Tagung der Ministerdelegierten vereinbart, daß die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien nicht mehr als Vertragspartei der Konvention zu betrachten ist.

Busek

### 703. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Zusatzprotokolls zur Europäischen Konvention über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse

Nach Mitteilungen des Generalsekretärs des Europarats haben folgende weitere Staaten ihre Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunden zum Zusatzprotokoll zur Europäischen Konvention über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse (BGBl. Nr. 327/1985, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 664/1988) hinterlegt:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunde:
Finnland .....	16. September 1991
Liechtenstein .....	22. Mai 1991
Malta .....	26. März 1991
Schweiz .....	25. April 1991
Slowenien .....	2. Juli 1992
Tschechoslowakei .....	26. März 1991

Einer weiteren Mitteilung des Generalsekretärs zufolge hat das Ministerkomitee des Europarats auf seiner 480. Tagung der Ministerdelegierten vereinbart, daß die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien nicht mehr als Vertragspartei des Zusatzprotokolls zu betrachten ist.

Vranitzky

### 704. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Europäischen Abkommens über die Gleichwertigkeit der Studienzeit an den Universitäten

Nach Mitteilungen des Generalsekretärs des Europarats haben folgende weitere Staaten ihre Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunden zum Europäischen Abkommen über die Gleichwertigkeit der Studienzeit an den Universitäten (BGBl. Nr. 231/1957, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 507/1982) hinterlegt:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunde:
Finnland .....	16. September 1991
Liechtenstein .....	22. Mai 1991
Schweiz .....	25. April 1991
Slowenien .....	2. Juli 1992
Tschechoslowakei .....	26. März 1991

Anlässlich der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde hat die Schweiz erklärt, daß die Anwendung des Abkommens vorbehaltlich der Zuständigkeit der Kantone auf dem Gebiet des Bildungswesens, wie in

der Bundesverfassung festgelegt, sowie auch der Autonomie der Universitäten erfolgt.

Einer weiteren Mitteilung des Generalsekretärs zufolge hat das Ministerkomitee des Europarats auf seiner 480. Tagung der Ministerdelegierten vereinbart, daß die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien nicht mehr als Vertragspartei des Abkommens zu betrachten ist.

Busek

### 705. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Europäischen Kulturabkommens

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Europarats hat das Ministerkomitee des Europarats auf seiner 480. Tagung der Ministerdelegierten vereinbart, daß die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien nicht mehr als Vertragspartei des Europäischen Kulturabkommens (BGBl. Nr. 80/1958, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 476/1992) zu betrachten ist.

Busek

### 706. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Europäischen Abkommens über die Gleichwertigkeit der akademischen Grade und Hochschulzeugnisse

Nach Mitteilungen des Generalsekretärs des Europarats haben folgende weitere Staaten ihre Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunden zum Europäischen Abkommen über die Gleichwertigkeit der akademischen Grade und Hochschulzeugnisse (BGBl. Nr. 143/1961, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 458/1982) hinterlegt:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunde:
Finnland .....	16. September 1991
Liechtenstein .....	22. Mai 1991
Schweiz .....	25. April 1991
Slowenien .....	2. Juli 1992
Tschechoslowakei .....	26. März 1991

Anlässlich der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde haben nachstehende Staaten Erklärungen abgegeben:

#### Finnland:

Für die Behandlung der Fragen der Gleichwertigkeit der akademischen Grade und Hochschulzeug-

nisse ist die zuständige finnische Behörde (Art. 2 Abs. 2):

Ministry of Education, PL-PB 293, 00171  
Helsinki, Finland, Tel. 0-134171, Telefax:  
0-6121335.

#### Schweiz:

Der Schweizerische Bundesrat erklärt, daß die Anwendung des Abkommens vorbehaltlich der Zuständigkeit der Kantone auf dem Gebiet des Bildungswesens, wie in der Bundesverfassung festgelegt, sowie auch der Autonomie der Universitäten erfolgt.

Einer weiteren Mitteilung des Generalsekretärs zufolge hat das Ministerkomitee des Europarats auf seiner 480. Tagung der Ministerdelegierten vereinbart, daß die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien nicht mehr als Vertragspartei des Abkommens zu betrachten ist.

Busek

#### 707. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Beglaubigung

Nach Mitteilung der Niederländischen Regierung vom 19. August 1992 hat Panama die Behörden, die zur Ausstellung der Apostille nach Art. 3 Abs. 1 des Übereinkommens zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Beglaubigung (BGBl. Nr. 27/1968, letzte Kundmachung des Geltungsbereiches BGBl. Nr. 606/1992) zuständig sind \*), teilweise geändert:

„3. Hinsichtlich der übrigen, von irgendeiner Institution der Zentralregierung, autonomen oder halbautonomen Institution, Gemeinden, Polizeibehörden oder der Staatsanwaltschaft ausgestellten Urkunden die Beamten des „Departamento Consular y Legalizaciones del Ministerio de Relaciones Exteriores“.“

Busek

\*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 61/1992

#### 708. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens zum Schutz des archäologischen Erbes

Nach Mitteilungen des Generalsekretärs des Europarats haben folgende weitere Staaten ihre Beitrittsurkunden zum Europäischen Übereinkommen zum Schutz des archäologischen Erbes (BGBl. Nr. 239/1974, letzte Kundmachung des Geltungsbereiches BGBl. Nr. 504/1989) hinterlegt:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Beitrittsurkunde:
Bulgarien .....	31. Jänner 1991
Jugoslawien .....	2. November 1990
Slowenien .....	2. Juli 1992

Einer weiteren Mitteilung des Generalsekretärs zufolge hat das Ministerkomitee des Europarats auf seiner 480. Tagung der Ministerdelegierten vereinbart, daß die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien nicht mehr als Vertragspartei des Übereinkommens zu betrachten ist.

Ferner hat der Generalsekretär mitgeteilt, daß Rußland als Vertragspartei dieses Übereinkommens, dem die ehemalige Sowjetunion am 13. November 1990 beigetreten war, angesehen wird.

Busek

#### 709. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Ausarbeitung eines Europäischen Arzneibuches

Nach Mitteilungen des Generalsekretärs des Europarats haben folgende weitere Staaten ihre Beitrittsurkunden zum Übereinkommen über die Ausarbeitung eines Europäischen Arzneibuches (BGBl. Nr. 181/1979, letzte Kundmachung des Geltungsbereiches BGBl. Nr. 218/1987) hinterlegt:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Beitrittsurkunde:
Jugoslawien .....	18. März 1991
Portugal .....	21. April 1989

Einer weiteren Mitteilung des Generalsekretärs zufolge hat das Ministerkomitee des Europarats auf seiner 480. Tagung der Ministerdelegierten vereinbart, daß die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien nicht mehr als Vertragspartei des Übereinkommens zu betrachten ist.

Busek

**710. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Überwachung bedingt verurteilter oder bedingt entlassener Personen**

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Europarats hat Jugoslawien am 10. Juli 1991 seine Beitrittsurkunde zum Europäischen Übereinkommen über die Überwachung bedingt verurteilter oder bedingt entlassener Personen (BGBl. Nr. 248/1980, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 81/1988) hinterlegt und erklärt, daß die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien im Sinne des Art. 2 Abs. 1 lit. b jede zu einer Gefängnisstrafe verurteilte Person, obwohl ihr eine bedingte Entlassung zugute kommt, auch als Rechtsbrecher betrachten wird. Hinsichtlich Art. 29 Abs. 1 wird die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien bei Anwendung dieses Übereinkommens ihre Ersuchen und Schriftstücke in einer der Völkersprachen (gemäß der jugoslawischen Verfassung), die im Land verwendet werden, stellen.

Einer weiteren Mitteilung des Generalsekretärs zufolge hat das Ministerkomitee des Europarats auf seiner 480. Tagung der Ministerdelegierten vereinbart, daß die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien nicht mehr als Vertragspartei des Übereinkommens zu betrachten ist.

Busek

**711. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Fortzahlung von Stipendien an Studierende im Ausland**

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Europarats hat Slowenien am 2. Juli 1992 seine Beitrittsurkunde zum Europäischen Übereinkommen über die Fortzahlung von Stipendien an Studierende im Ausland (BGBl. Nr. 459/1986, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 392/1992) hinterlegt.

Einer weiteren Mitteilung des Generalsekretärs zufolge hat das Ministerkomitee des Europarats auf seiner 480. Tagung der Ministerdelegierten vereinbart, daß die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien nicht mehr als Vertragspartei des Übereinkommens zu betrachten ist.

Busek

**712. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über Gewalttätigkeiten und Fehlverhalten von Zuschauern bei Sportveranstaltungen und insbesondere bei Fußballspielen**

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Europarats hat Slowenien am 2. Juli 1992 seine Beitrittsurkunde zum Europäischen Übereinkommen über Gewalttätigkeiten und Fehlverhalten von Zuschauern bei Sportveranstaltungen und insbesondere bei Fußballspielen (BGBl. Nr. 133/1988, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 479/1992) hinterlegt.

Einer weiteren Mitteilung des Generalsekretärs zufolge hat das Ministerkomitee des Europarats auf seiner 480. Tagung der Ministerdelegierten vereinbart, daß die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien nicht mehr als Vertragspartei der Konvention zu betrachten ist.

Busek

**713. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich der Anti-Doping-Konvention**

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Europarats hat Slowenien am 2. Juli 1992 seine Beitrittsurkunde zur Anti-Doping-Konvention (BGBl. Nr. 451/1991, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 94/1992, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 480/1992) hinterlegt.

Einer weiteren Mitteilung des Generalsekretärs zufolge hat das Ministerkomitee des Europarats auf seiner 480. Tagung der Ministerdelegierten vereinbart, daß die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien nicht mehr als Vertragspartei der Konvention zu betrachten ist.

Busek

## 714.

Der Nationalrat hat beschlossen:

1. Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages samt Unterzeichnungsprotokoll wird genehmigt.
2. Dieser Staatsvertrag ist im Sinne des Art. 50 Abs. 2 B-VG durch Erlassung von Gesetzen zu erfüllen.

## VERTRAG

ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DEM KÖNIGREICH DER NIEDERLANDE ÜBER DIE BINNENSCHIFFFAHRT

DIE REPUBLIK ÖSTERREICH UND DAS KÖNIGREICH DER NIEDERLANDE

IN DEM WUNSCH, die Beförderung von Personen und Gütern mit Binnenschiffen zu regeln,

IN DEM BESTREBEN, den beiderseitigen Binnenschiffsverkehr weiter zu entwickeln, und

IN DEM BEMÜHEN, dabei auch die beiderseitigen Interessen nach der Eröffnung des Main-Donau-Kanals zu berücksichtigen,

haben folgendes vereinbart:

## Artikel 1

- (1) Im Sinne dieses Vertrages sind
- a) „niederländische Schiffe“: die in einem niederländischen Binnenschiffsregister amtlich eingetragenen Binnenschiffe, für die eine Rheinschiffahrtszugehörigkeitsurkunde ausgestellt worden ist;
  - b) „österreichische Schiffe“: die in einem österreichischen Binnenschiffsregister amtlich eingetragenen Binnenschiffe, die unter den Voraussetzungen des Schiffahrtsgesetzes 1990 in seiner jeweils geltenden Fassung im Eigentum von österreichischen Staatsbürgern, von Personengesellschaften oder juristischen Personen stehen und mit denen Personen- oder Güterverkehr betrieben wird;
  - c) „zuständige Behörden“: für die Republik Österreich der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr und für das Königreich der Niederlande der Minister für Verkehr und öffentliche Arbeiten, soweit die jeweilige innerstaatliche Rechtsordnung nichts anderes vorsieht;
  - d) „Häfen“: die See- und Binnenhäfen, Lade- und Löschstellen sowie Anlegestellen der Personenschiffahrt.
- (2) Im Sinne dieses Vertrages bedeuten
- a) „Transitverkehr“: Verkehr, bei dem auf Schiffen eines Vertragsstaates Personen beziehungsweise Güter

## OVEREENKOMST

TUSSEN DE REPUBLIEK OOSTENRIJK EN HET KONINKRIJK DER NEDERLANDEN INZAKE DE BINNENVAART

DE REPUBLIEK OOSTENRIJK EN HET KONINKRIJK DER NEDERLANDEN,

Geleid door de wens het vervoer van personen en goederen door middel van binnenschepen te regelen,

ernaar strevend de wederzijdse binnenvaart verder te ontwikkelen, en

ernaar strevend daarbij ook rekening te houden met de wederzijdse belangen na de opening van het Main-Donau kanaal,

zijn het volgende overeengekomen:

## Artikel 1

- (1) In deze Overeenkomst wordt verstaan onder
- a) „Nederlandse schepen“: de in een Nederlands binnenschepenregister officieel ingeschreven binnenschepen, waarvoor een verklaring inzake het behoren tot de Rijnvaart is afgegeven;
  - b) „Oostenrijkse schepen“: de in een Oostenrijks binnenschepenregister officieel ingeschreven binnenschepen, die volgens de voorwaarden van het „Schiffahrtsgesetz“ (de Scheepvaartwet) 1990 in zijn huidige en toekomstige versie eigendom zijn van Oostenrijkse staatsburgers, van maatschappen of rechtspersonen, en waarmee personen of goederen worden vervoerd;
  - c) „bevoegde autoriteiten“: voor het Koninkrijk der Nederlanden de Minister van Verkeer en Waterstaat, en voor de Republiek Oostenrijk de Bondsminister van Staatshuishouding en Verkeer, voor zover de respectieve nationale rechtsordes niets anders voorzien;
  - d) „havens“: de zee- en binnenhavens, laad- en losplaatsen, alsmede de aanlegplaatsen van passagiersschepen.
- (2) In deze Overeenkomst wordt verstaan onder
- a) „transitvervoer“: vervoer, waarbij op schepen van de ene Overeenkomstsluitende Staat personen of

durch den anderen Vertragsstaat befördert werden.

- b) „Wechselverkehr“:  
Verkehr zwischen Häfen beider Vertragsstaaten mit Schiffen der Vertragsstaaten, wobei Personen beziehungsweise Ladung aufgenommen beziehungsweise abgesetzt werden.
- c) „Drittlandverkehr“:  
Verkehr mit Schiffen des einen Vertragsstaates zwischen Häfen des anderen Vertragsstaates und eines dritten Staates, wobei Personen beziehungsweise Ladung aufgenommen beziehungsweise abgesetzt werden.
- d) „Drittverkehr“:  
Verkehr zwischen Häfen beider Vertragsstaaten mit Schiffen eines dritten Staates, wobei Personen und Ladung aufgenommen beziehungsweise abgesetzt werden.
- e) „Kabotage“:  
Verkehr zwischen zwei Häfen des jeweils anderen Vertragsstaates, wobei Personen beziehungsweise Ladung aufgenommen beziehungsweise abgesetzt werden.

#### Artikel 2

Rechte und Pflichten der Vertragsstaaten aus bestehenden bilateralen und multilateralen Übereinkommen, wie insbesondere der Belgrader Konvention von 1948, der Revidierten Rheinschiffahrtsakte von 1868 und aus dem EWG-Vertrag von 1957, in ihren jeweils gültigen Fassungen werden durch diesen Vertrag nicht berührt.

#### Artikel 3

Österreichische Schiffe dürfen die niederländischen Wasserstraßen und niederländische Schiffe die österreichischen Wasserstraßen im Zusammenhang mit Beförderungen nach Maßgabe der Artikel 4 und 5 sowie 7 und 8 befahren. Dies gilt auch entsprechend für den Transport von schwimmenden Geräten und Schwimmkörpern sowie für das Überführen von Schiffsneubauten.

#### Artikel 4

Österreichische und niederländische Schiffe dürfen Personen und Güter im Transitverkehr durch den anderen Vertragsstaat auf den in Artikel 3 genannten Wasserstraßen befördern.

#### Artikel 5

(1) Österreichische und niederländische Schiffe dürfen Personen und Güter im Wechselverkehr zwischen den Vertragsstaaten befördern.

(2) Jede zuständige Behörde kann den Gemischten Ausschuß gemäß Artikel 13 unbeschadet von

goederen door het grondgebied van de andere Overeenkomstsluitende Staat worden vervoerd.

- b) „wisselvervoer“:  
vervoer tussen havens van beide Overeenkomstsluitende Staten met schepen van de Overeenkomstsluitende Staten, waarbij personen of lading worden opgenomen of afgezet;
- c) „derde-landenvervoer“:  
vervoer met schepen van de ene Overeenkomstsluitende Staat tussen havens van de andere Overeenkomstsluitende Staat en van een derde staat, waarbij personen of lading worden opgenomen of afgezet;
- d) „vervoer door derden“:  
vervoer tussen havens van beide Overeenkomstsluitende Staten met schepen van een derde staat, waarbij personen en lading worden opgenomen of afgezet;
- e) „cabotage“:  
vervoer tussen twee havens van de desbetreffende andere Overeenkomstsluitende Staat, waarbij personen of lading worden opgenomen of afgezet.

#### Artikel 2

Rechten en verplichtingen van de Overeenkomstsluitende Staten die voortvloeien uit bestaande bilaterale en multilaterale overeenkomsten, zoals in het bijzonder uit de Overeenkomst van Belgrado van 1948, uit de Herziene Rijnvaartakte van 1868 en uit het EEG-Verdrag van 1957, in hun huidige en toekomstige versies worden door deze Overeenkomst niet aangetast.

#### Artikel 3

Nederlandse schepen mogen de Oostenrijkse waterwegen, en Oostenrijkse schepen de Nederlandse waterwegen in het kader van het vervoer overeenkomstig de artikelen 4, 5, 7 en 8 bevaren. Dit geldt ook dienovereenkomstig voor het vervoer van drijvende werktuigen en drijvende voorwerpen, alsmede voor het transporteren van schepen in aanbouw.

#### Artikel 4

Nederlandse en Oostenrijkse schepen mogen personen en goederen in het transitovervoer door de andere Overeenkomstsluitende Staat op de in artikel 3 genoemde waterwegen vervoeren.

#### Artikel 5

(1) Nederlandse en Oostenrijkse schepen mogen personen en goederen in het wisselvervoer tussen de Overeenkomstsluitende Staten vervoeren.

(2) Elke bevoegde autoriteit kan de Gemengde Commissie overeenkomstig artikel 13 onverminderd

Abs. 1 mit der Festsetzung von wirtschaftlich auskömmlichen Richtpreisen für die Beförderungsleistungen, allfälligen Nebenbedingungen sowie der Ergreifung sonstiger geeigneter Maßnahmen befassen, insoweit dies aus gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen, insbesondere im Fall schwerwiegender Wettbewerbsverzerrungen, unvermeidlich erscheint.

#### Artikel 6

Drittverkehr ist nur in dem Umfang zulässig, der von den zuständigen Behörden auf Vorschlag des Gemischten Ausschusses vereinbart wird.

#### Artikel 7

Drittlandverkehr ist nur in dem Umfang zulässig, der von den zuständigen Behörden auf Vorschlag des Gemischten Ausschusses vereinbart wird.

#### Artikel 8

Kabotage ist nur auf Grund einer besonderen Erlaubnis der zuständigen Behörde gestattet.

#### Artikel 9

(1) Die Schiffe, ihre Besatzung, ihre Fahrgäste und ihre Ladung unterliegen im anderen Vertragsstaat dem jeweils geltenden Recht.

(2) Für die Schifffahrt auf Wasserstraßen im Sinne des Artikels 3 — ausgenommen Rhein und Donau — werden die zuständigen Behörden die im jeweils anderen Vertragsstaat ausgestellten Urkunden und Bescheinigungen anerkennen, die sich auf das Schiff, die Schiffsführung und Besatzung sowie die Ladung beziehen, soweit sie den im jeweils anderen Vertragsstaat geltenden Vorschriften entsprechen. Unabhängig davon werden für die österreichischen Wasserstraßen die für die Donauschifffahrt ausgestellten Urkunden und Bescheinigungen sowie für die niederländischen Wasserstraßen die für die Rheinschifffahrt ausgestellten Urkunden und Bescheinigungen anerkannt.

(3) Für die Schifffahrt auf der Donau gelten die für die Rheinschifffahrt ausgestellten Urkunden und Bescheinigungen, die sich auf das Schiff und seine Ladung beziehen; die für die Rheinschifffahrt ausgestellten Urkunden und Bescheinigungen, die sich auf die Schiffsführung beziehen, werden von den österreichischen Behörden anerkannt, sofern eine entsprechende Erfahrung in der Schifffahrt auf dem österreichischen Teil der Donau nachgewiesen wird.

(4) Schiffe dürfen gefährliche Güter nur dann befördern, wenn sie die für die jeweilige Wasserstraße vorgesehene Zulassung besitzen.

derd het eerste lid belasten met het vaststellen van economisch toereikende richtprijzen voor de vervoersdiensten en eventuele bijzondere voorwaarden, alsmede met het treffen van andere passende maatregelen, voor zover dit onvermijdelijk lijkt om nationale economische redenen, in het bijzonder in het geval van zwaarwegende concurrentievervalsingen.

#### Artikel 6

Vervoer door derden is slechts toegestaan in de mate die door de bevoegde autoriteiten op voorstel van de Gemengde Commissie wordt overeengekomen.

#### Artikel 7

Derde-landenvervoer is slechts toegestaan in de mate die door de bevoegde autoriteiten op voorstel van de Gemengde Commissie wordt overeengekomen.

#### Artikel 8

Cabotage is slechts toegestaan op grond van een speciale vergunning van de bevoegde autoriteit.

#### Artikel 9

(1) De schepen, de bemanning, de passagiers en de lading zijn in de andere Overeenkomstsluitende Staat onderworpen aan het aldaar geldende recht.

(2) Voor de scheepvaart op waterwegen als bedoeld in artikel 3 — uitgezonderd de Rijn en de Donau — zullen de bevoegde autoriteiten de in de andere Overeenkomstsluitende Staat verstrekte documenten en attesten die op het schip, de leiding van het schip en de bemanning, alsmede de lading betrekking hebben erkennen, voor zover deze overeenstemmen met de in de andere Overeenkomstsluitende Staat geldende bepalingen. Onafhankelijk daarvan worden voor de Nederlandse waterwegen de voor de scheepvaart op de Rijn afgegeven documenten en attesten en voor de Oostenrijkse waterwegen de voor de scheepvaart op de Donau afgegeven documenten en attesten erkend.

(3) Voor de scheepvaart op de Donau gelden de voor de scheepvaart op de Rijn afgegeven documenten en attesten die betrekking hebben op het schip en de lading; de voor de scheepvaart op de Rijn afgegeven documenten en attesten die betrekking hebben op de leiding van het schip worden door de Oostenrijkse autoriteiten erkend, voor zover een adequate ervaring in de scheepvaart op het Oostenrijkse deel van de Donau wordt aangetoond.

(4) Gevaarlijke stoffen mogen door schepen uitsluitend worden vervoerd, indien zij hiervoor het voor de desbetreffende waterweg voorziene certificaat van toestemming bezitten.

**Artikel 10**

Österreichische und niederländische Schiffe sind bei Anwendung der Artikel 4 und 5 sowie 7 und 8 gleich zu behandeln; dies gilt insbesondere

- a) für die Benutzung von Schleusen, Häfen und Liegeplätzen sowie
- b) für die Erhebung von Schiffahrts- und Hafengebühren.

**Artikel 11**

Österreichische und niederländische Schiffahrtsunternehmen dürfen im jeweils anderen Vertragsstaat unter Beachtung dessen innerstaatlichen Rechts nur insoweit Vertretungen errichten und Aquisition betreiben, als dies auf der Grundlage der Gegenseitigkeit im anderen Vertragsstaat gestattet ist.

**Artikel 12**

Im Falle einer Havarie, eines Unfalls, einer schweren Erkrankung einer an Bord befindlichen Person, aus naturbedingten oder anderen schwerwiegenden Gründen — ausgenommen eine finanzielle Notlage —, die die Weiter- oder Rückfahrt verhindern, werden die zuständigen Behörden auf Grund der innerstaatlichen Vorschriften den betroffenen Schiffen beziehungsweise Personen des anderen Vertragsstaates die erforderliche Hilfe leisten; die Artikel 4 und 5 sowie 7 und 8 bleiben hiervon unberührt.

**Artikel 13**

(1) Es wird ein Gemischter Ausschuss gebildet. Jeder Vertragsstaat entsendet drei Mitglieder, die jeweils von den zuständigen Behörden bestimmt werden. Jede Seite kann zu den Beratungen des Gemischten Ausschusses Sachverständige hinzuziehen. Der Gemischte Ausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung.

(2) Der Gemischte Ausschuss hat die Aufgabe:

- a) im Sinne von Artikel 5 Absatz 2 sich gegebenenfalls auf wirtschaftlich auskömmliche Richtpreise, allfällige Nebenbedingungen sowie sonstige geeignete Maßnahmen zu einigen;
- b) den zuständigen Behörden Vorschläge für die in Artikel 6 und 7 vorgesehenen Vereinbarungen zu unterbreiten und
- c) den Verkehr der Schiffe beider Seiten statistisch zu erfassen, die Einhaltung der in lit. b benannten Vereinbarungen und die Anwendung der Artikel 10 und 11 zu überwachen.

(3) Richtpreise, allfällige Nebenbedingungen sowie sonstige geeignete Maßnahmen, auf die sich der Gemischte Ausschuss nach Befassung durch eine Vertragspartei geeinigt hat, sind von diesem den zuständigen Behörden erforderlichenfalls zur Ge-

**Artikel 10**

Nederlandse en Oostenrijkse schepen dienen bij de toepassing van de artikelen 4, 5, 7 en 8 gelijk te worden behandeld; dit geldt in het bijzonder:

- a) voor het gebruik van sluisen, haveninrichtingen en ligplaatsen, alsmede
- b) voor de heffing van scheepvaart- en havenrechten.

**Artikel 11**

Nederlandse en Oostenrijkse scheepvaartondernemingen mogen in de desbetreffende andere Overeenkomstsluitende Staat met inachtneming van het nationale recht van die Staat slechts in zoverre vertegenwoordigingen oprichten en acquisitie plegen, als dit op basis van wederkerigheid in de andere Overeenkomstsluitende Staat is toegestaan.

**Artikel 12**

In geval van averij, ongeval, ernstige ziekte van een persoon aan boord, door de natuur veroorzaakte omstandigheden of om andere zwaarwegende redenen — uitgezonderd een financiële noodsituatie — die de doorvaart of terugreis belemmeren, zullen de bevoegde autoriteiten op basis van de nationale bepalingen de betrokken schepen of personen van de andere Overeenkomstsluitende Staat de nodige hulp bieden; de artikelen 4, 5, 7 en 8 blijven onverminderd van kracht.

**Artikel 13**

(1) Er wordt een Gemengde Commissie gevormd. Elke Overeenkomstsluitende Staat vaardigt drie leden af, die door de respectieve bevoegde autoriteiten worden aangewezen. Elke Partij kan aan de beraadslagingen van de Gemengde Commissie deskundigen laten deelnemen. De Gemengde Commissie stelt een reglement van orde vast.

(2) De Gemengde Commissie heeft de taak:

- a) indien nodig overeenstemming te bereiken m.b.t. economisch toereikende richtprijzen, eventuele bijzondere voorwaarden en andere passende maatregelen als bedoeld in artikel 5, tweede lid;
- b) voorstellen te doen aan de bevoegde autoriteiten m.b.t. de in de artikelen 6 en 7 voorziene overeenkomsten, alsmede
- c) een statistiek bij te houden van het vervoer van de schepen van beide partijen, toezicht te houden op de naleving van de in letter b vermelde overeenkomsten en op de toepassing van de artikelen 10 en 11.

(3) Richtprijzen, eventuele bijzondere voorwaarden en andere passende maatregelen waarover de Gemengde Commissie in opdracht van een Overeenkomstsluitende Partij overeenstemming heeft bereikt, dienen door de Gemengde Commissie

nehmung vorzulegen. Das Inkraftsetzen der Richtpreise, Nebenbedingungen und sonstiger geeigneter Maßnahmen wird zwischen den zuständigen Behörden vereinbart. Das Inkrafttreten gemäß innerstaatlichem Recht ist dem anderen Vertragsstaat unverzüglich mitzuteilen.

(4) Der Gemischte Ausschuß hat ferner die Aufgabe, den Vertragsstaaten Vorschläge zur Anpassung dieses Vertrages an die Entwicklung des Binnenschiffsverkehrs und zur Lösung aller Fragen zu unterbreiten, die sich aus der Anwendung dieses Vertrages ergeben.

(5) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden dem Gemischten Ausschuß über dessen Aufforderung die verfügbaren Unterlagen übermitteln, die er zur Erfüllung seiner Aufgaben benötigt.

#### Artikel 14

(1) Die in den Artikeln 6, 7 und 13 Abs. 3 zweiter Satz vorgesehenen Vereinbarungen kommen dadurch zustande, daß die zuständigen Behörden einander ihr Einverständnis mit den vom Gemischten Ausschuß unterbreiteten Vorschlägen schriftlich mitteilen.

(2) Kann eine Einigung im Gemischten Ausschuß nicht erzielt werden, treten auf Antrag einer Vertragspartei die Vertreter der Vertragsstaaten innerhalb von vier Wochen zu Konsultationen zusammen. Vorbehaltlich einer anderen einvernehmlichen Regelung finden diese Konsultationen in dem Vertragsstaat statt, der den Vorsitzenden im Gemischten Ausschuß stellt.

#### Artikel 15

(1) Streitigkeiten über die Auslegung und Anwendung dieses Vertrages werden durch direkte Verhandlungen zwischen den zuständigen Behörden geklärt. Falls kein Übereinkommen erzielt werden kann, werden die Streitigkeiten auf diplomatischem Weg beigelegt. Kann eine Streitigkeit auch auf diesem Weg nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen eines der beiden Vertragsstaaten einem aus drei Schiedsrichtern bestehenden Schiedsgericht zur endgültigen Entscheidung zu unterbreiten.

(2) Jeder Vertragsstaat bestellt einen Schiedsrichter. Der dritte Schiedsrichter, der auch der Vorsitzende des Schiedsgerichtes ist, wird von den zwei von den Vertragsstaaten bestellten Schiedsrichtern bestellt.

(3) Wenn einer der Vertragsstaaten es unterläßt, innerhalb von drei Monaten nach Empfang der Mitteilung über die Bestellung eines Schiedsrichters

zo nodig ter goedkeuring te worden voorgelegd aan de bevoegde autoriteiten. De inwerkingtreding van de richtprijzen, bijzondere voorwaarden en andere passende maatregelen wordt tussen de bevoegde autoriteiten overeengekomen. De inwerkingtreding krachtens nationaal recht dient onverwijld aan de andere Overeenkomstsluitende Staat te worden medegedeeld.

(4) De Gemengde Commissie heeft verder de taak aan de Overeenkomstsluitende Staten voorstellen te doen met betrekking tot de aanpassing van deze Overeenkomst aan de ontwikkeling van de binnenvaart en met betrekking tot de oplossing van alle problemen die voortvloeien uit de toepassing van deze Overeenkomst.

(5) De bevoegde autoriteiten van de Overeenkomstsluitende Staten zullen de Gemengde Commissie op haar verzoek de beschikbare stukken doen toekomen die zij nodig heeft ter vervulling van haar taken.

#### Artikel 14

(1) De in de artikelen 6, 7 en 13, derde lid, tweede volzin, voorziene overeenkomsten komen tot stand doordat de bevoegde autoriteiten elkaar hun instemming met de door de Gemengde Commissie voorgelegde voorstellen schriftelijk mededelen.

(2) Indien in de Gemengde Commissie geen overeenstemming kan worden bereikt, komen op verzoek van een Overeenkomstsluitende Partij de vertegenwoordigers van de Overeenkomstsluitende Staten binnen vier weken voor overleg bijeen. Tenzij in onderling overleg een andere regeling wordt overeengekomen, vindt dit overleg plaats in de Overeenkomstsluitende Staat die de voorzitter van de Gemengde Commissie levert.

#### Artikel 15

(1) Geschillen over de interpretatie en toepassing van deze Overeenkomst worden door rechtstreekse onderhandelingen tussen de bevoegde autoriteiten geregeld. Indien geen overeenstemming kan worden bereikt, worden de geschillen langs diplomatieke weg bijgelegd. Indien een geschil ook langs deze weg niet kan worden bijgelegd, dient het op verzoek van een van beide Overeenkomstsluitende Staten ter definitieve beslechting te worden voorgelegd aan een uit drie scheidsrechters bestaand scheidsgerecht.

(2) Elke Overeenkomstsluitende Staat benoemt een scheidsrechter. De derde scheidsrechter, die ook de voorzitter van het scheidsgerecht is, wordt benoemd door de twee door de Overeenkomstsluitende Staten benoemde scheidsrechters.

(3) Indien een van de Overeenkomstsluitende Staten nalaat binnen drie maanden na ontvangst van de mededeling over de benoeming van een

durch den anderen Vertragsstaat einen Schiedsrichter zu bestellen, wird der Schiedsrichter, der vom ersten Vertragsstaat zu bestellen gewesen wäre, auf Verlangen des anderen Vertragsstaates vom Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bestellt. Wenn die zwei Schiedsrichter es innerhalb von drei Monaten nach ihrer Bestellung unterlassen, den dritten Schiedsrichter zu bestellen, ernennt der Präsident des Internationalen Gerichtshofes auf Verlangen eines der beiden Vertragsstaaten den dritten Schiedsrichter.

#### Artikel 16

Die Bestimmungen dieses Vertrages gelten im Falle des Königreiches der Niederlande nur für das Hoheitsgebiet des Reichs in Europa.

#### Artikel 17

(1) Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des dritten Monats nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem die beiden Vertragsstaaten einander in einem diplomatischen Notenwechsel bekanntgegeben haben, daß die Erfordernisse für sein Inkrafttreten nach ihren jeweiligen verfassungsrechtlichen Verfahren erfüllt worden sind.

(3) Dieser Vertrag kann von jedem Vertragsstaat mit einer Frist von zwölf Monaten schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden. In diesem Fall tritt der Vertrag mit Ablauf der Kündigungsfrist außer Kraft.

(4) Mit dem Tage des Inkrafttretens dieses Vertrages treten die Bestimmungen des Handels- und Schiffsvertrages zwischen der Republik Österreich und dem Königreich der Niederlande vom 28. März 1929 \*) insoweit außer Kraft, als sich diese auf die Binnenschifffahrt beziehen.

GESCHEHEN zu Den Haag am 26. September 1991 in zwei Urschriften, jeweils in deutscher und niederländischer Sprache, die beide gleichermaßen authentisch sind.

Für die Republik Österreich:  
Pfusterschmid-Hardenstein

Für das Königreich der Niederlande:  
Dankert

#### Unterzeichnungsprotokoll

Aus Anlaß der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Republik Österreich und dem

scheidsrechter door de andere Overeenkomstsluitende Staat een scheidsrechter te benoemen, wordt de scheidsrechter die door de eerste Overeenkomstsluitende Staat had moeten worden benoemd op verzoek van de andere Overeenkomstsluitende Staat door de President van het Internationale Gerechtshof benoemd. Indien de twee scheidsrechters binnen drie maanden na hun benoeming nalaten de derde scheidsrechter te benoemen, benoemt de President van het Internationale Gerechtshof op verzoek van een van de Overeenkomstsluitende Staten de derde scheidsrechter.

#### Artikel 16

De bepalingen van deze Overeenkomst gelden wat het Koninkrijk der Nederlanden betreft slechts voor het grondgebied van het Rijk in Europa.

#### Artikel 17

(1) Deze Overeenkomst wordt voor onbepaalde tijd gesloten.

(2) Deze Overeenkomst treedt in werking op de eerste dag van de derde maand na de datum waarop beide Overeenkomstsluitende Staten elkaar via een diplomatieke briefwisseling ervan in kennis hebben gesteld dat aan de vereisten voor de inwerkingtreding ervan krachtens hun respectieve constitutionele procedures is voldaan.

(3) Deze Overeenkomst kan door elke Overeenkomstsluitende Staat met inachtneming van een termijn van twaalf maanden schriftelijk langs diplomatieke weg worden opgezegd. In dat geval treed de Overeenkomst buiten werking wanneer de opzegtermijn is verlopen.

(4) Met ingang van de dag van de inwerkingtreding van deze Overeenkomst treden de bepalingen van het Handels- en Scheepvaartverdrag tussen het Koninkrijk der Nederlanden en de Republik Oostenrijk van 28 maart 1929 buiten werking, voor zover deze betrekking hebben op de binnenvaart.

GEDAAN te Den Haag op 26. september 1991, in twee exemplaren in de Nederlandse en de Duitse taal, zijnde beide teksten gelijkelijk authentiek.

Voor de Republik Oostenrijk:  
Pfusterschmid-Hardenstein

Voor het Koninkrijk der Nederlanden:  
Dankert

#### Protocol van ondertekening

Naar aanleiding van de ondertekening van de Overeenkomst tussen de Republik Oostenrijk en

\*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 299/1930

Königreich der Niederlande über die Binnenschiffahrt haben sich die bevollmächtigten Vertreter beider Vertragsparteien in bezug auf eine etwaige Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Gemeinschaft auf die nachstehende, den Vertrag ergänzende Bestimmung geeinigt:

Sollten die Verhandlungen über einen Europäischen Wirtschaftsraum zu einer festen Einbindung Österreichs in den Europäischen Wirtschaftsraum führen, so haben im Falle eines Widerspruchs zwischen den Bestimmungen des vorliegenden Vertrages und denjenigen eines etwaigen Vertrages über den Europäischen Wirtschaftsraum die Bestimmungen des letzteren Vertrages Vorrang.

Geschehen zu Den Haag am 26. September 1991 in zwei Urschriften, jeweils in deutscher und niederländischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

**Pfusterschmid-Hardtenstein**

Für das Königreich der Niederlande:

**Dankert**

het Koninkrijk der Nederlanden inzake de binnenvaart hebben de daartoe gemachtigde vertegenwoordigers van beide Overeenkomstsluitende Partijen met het oog op een eventuele intensivering van de betrekkingen tussen de Republiek Oostenrijk en de Europese Gemeenschap overeenstemming bereikt over de volgende, de Overeenkomst aanvullende bepaling:

Indien de onderhandelingen over een Europese economische ruimte leiden tot een vaste opneming van Oostenrijk in de Europese economische ruimte, hebben, in geval van strijdigheid tussen de bepalingen van de onderhavige Overeenkomst en die van een eventuele overeenkomst inzake de Europese economische ruimte, de bepalingen van laatstgenoemde overeenkomst voorrang.

Gedaan te Den Haag op 26. september 1991 in twee exemplaren, elk in de Nederlandse en de Duitse taal, zijnde beide teksten gelijkelijk authentiek.

Voor de Republiek Oostenrijk:

**Pfusterschmid-Hardtenstein**

Voor het Koninkrijk der Nederlanden:

**Dankert**

Der Notenwechsel gemäß Art. 17 Abs. 2 erfolgte am 13. Jänner 1992 bzw. 22. Oktober 1992; der Vertrag tritt gemäß seinem Art. 17 Abs. 2 mit 1. Jänner 1993 in Kraft.

**Vranitzky**



# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Der **Bezugspreis** des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich beträgt vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhungen infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten bis zu einem Jahresumfang von 3000 Seiten S 1 226,— inklusive 10% Umsatzsteuer für Inlands- und S 1 326,— für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten. Der Bezugspreis kann auch in zwei gleichen Teilbeträgen zum 1. Jänner und 1. Juli entrichtet werden.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verkaufspreises von S 1,90 inklusive 10% Umsatzsteuer für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens S 9,50 inklusive 10% Umsatzsteuer für das Stück, im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 797 89/295 oder 327 Durchwahl, sowie bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 1010 Wien, Kohlmarkt 16, Tel. 531 61.

**Bezugsanmeldungen** werden von der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 797 89/294 Durchwahl, entgegengenommen.

Als Bezugsanmeldung gilt auch die Überweisung des Bezugspreises oder seines ersten Teilbetrages auf das Postscheckkonto Wien Nr. 7.272.800. Die Bezugsanmeldung gilt bis zu einem allfälligen schriftlichen Widerruf. Der Widerruf ist nur mit Wirkung für das Ende des Kalenderjahres möglich. Er muß, um wirksam zu sein, spätestens am 15. Dezember bei der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, einlangen.

Die **Zustellung** des Bundesgesetzblattes erfolgt erst nach Entrichtung des Bezugspreises. Die Bezieher werden, um keine Verzögerung in der Zustellung eintreten zu lassen, eingeladen, den Bezugspreis umgehend zu überweisen.

Ersätze für abgängige oder mangelhaft zugekommene Stücke des Bundesgesetzblattes sind binnen drei Monaten nach dem Erscheinen unmittelbar bei der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 797 89/294 Durchwahl, anzufordern. Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden Stücke des Bundesgesetzblattes ausnahmslos nur gegen Entrichtung des Verkaufspreises abgegeben.